

Die Schonklausel für EU-Bürger dürfte fallen

Von Fabian Renz, Bern. Aktualisiert um 01:30 [18 Kommentare](#)

Die bürgerlichen Parteien stellen sich gegen den Bundesrat: Die neuen Zuwanderungsbarrieren sollen auch für die Europäische Union gelten.

Baz <http://bazonline.ch/schweiz/standard/Die-Schonklausel-fuer-EUBuerger-duerfte-fallen/story/10310495>

Die Masseneinwanderungsinitiative der SVP muss gleich zweimal umgesetzt werden: einmal in den Verträgen mit der EU, einmal in einem normalen Bundesgesetz. Letzteres liegt als Entwurf seit Februar vor, mit einer eigentümlichen Einleitung: Der Bundesrat will die Einwanderung zwar wie verlangt über Kontingente steuern – doch ausgerechnet Migranten aus der EU werden gleich im ersten Artikel des Gesetzesentwurfs von allen nachfolgenden Regelungen ausgenommen.

Präziser: Das Gesetz gilt für EU-Bürger nur, wo es zum Personenfreizügigkeitsvertrag nicht im Widerspruch steht. Bis jetzt freilich ist die EU nicht dazu bereit, über Kontingente zu verhandeln. Falls die Schweiz das Abkommen nicht kündigte, würde die Umsetzung der SVP-Initiative somit auf die sogenannten Drittstaaten ausserhalb der EU beschränkt bleiben – die schon heute einem Kontingentsregime unterstehen.

Personenfreizügigkeit «Haupttreiber der Migration»

Wie sich nun zeigt, dürfte der Bundesrat mit seiner Strategie im Parlament Probleme bekommen.

Noch bis Ende nächster Woche können sich Interessierte zu der Vorlage äussern, ehe sie vom Bundesrat bereinigt wird – und gemäss jetzigen Anzeichen fällt die EU-Schonklausel in der Vernehmlassung bei den Parteien durch. So schreibt die CVP in ihrer Stellungnahme, die innenpolitische Umsetzung des Zuwanderungsartikels habe «unabhängig von den Verhandlungen mit der EU» zu erfolgen.

«Es kann nicht sein, dass wir jetzt eine Vorlage umsetzen, die je nach Verhandlungsergebnis mit der EU keine Wirkung hat», heisst es im CVP-Papier zum fraglichen Gesetzesartikel. Nationalrat Gerhard Pfister, Mitautor des Papiers, präzisiert auf Nachfrage: «Es läuft darauf hinaus, dass wir die Streichung dieses Artikels beantragen werden.» Die Personenfreizügigkeit sei ein

«Haupttreiber der Migration». Es brauche ein Gesetz, das die EU- und Efta-Staaten mit einschliesse.

SVP kritisiert «Verweigerung»

Ähnlich tönt es bei der BDP. «Der einleitende Artikel macht das ganze Gesetz faktisch zu einer Drittstaatenlösung», sagt Parteipräsident Martin Landolt. Wie die CVP wünscht sich auch die BDP, dass die Initiative mit einer EU-kompatiblen «Schutzklausel» im Gesetz vollzogen wird: Überschreitet die Migration ein bestimmtes Quorum, wird sie begrenzt. In der jetzigen Fassung jedoch sei die Vorlage «weder verfassungskonform, noch löst sie irgendein Problem mit der EU», so Landolt. Für die SVP ist der Ausnahmeparagraf zugunsten der EU ohnehin das «Pièce de Résistance», wie Generalsekretär Martin Baltisser sagt. Es ergebe keinen Sinn, zur neuen Verfassungsbestimmung ein Gesetz vorzulegen, das die Einwanderung aus der EU nicht eindämme. «Das ist wirklich die Verweigerungshaltung auf die Spitze getrieben.»

Die FDP wird ihre Stellungnahme erst am Freitag bereinigen; vorher gibt es von den Parteioberen kein Statement. FDP-Präsident Philipp Müller allerdings erklärte schon im Februar, der Bundesrat müsse die Kontingentierung auf alle anwenden. Die EU werde eine entsprechende Regelung zwar niemals akzeptieren, doch ebendies und das drohende Ende der Bilateralen gelte es dem Volk im Rahmen einer neuen Urnenabstimmung klarzumachen. Es ist kaum wahrscheinlich, dass die FDP von der Opposition gegen den Ausnahmeparagrafen nun abweichen wird.

Abzuwarten bleibt, ob die Positionierung der Wirtschaftsverbände noch Bewegung in die Fronten bringen könnte. Von Economiesuisse, Arbeitgeberverband und Gewerbeverband waren keine Stellungnahmen erhältlich, doch ist in der Wirtschaft die Sorge um die Bilateralen gross – und die Bereitschaft, den Volkswillen flexibel zu interpretieren, ausgeprägter als in den Parteien. Im Gewerbeverband etwa gibt es eine starke Strömung, die auf Support für die bundesrätliche Entspannungstaktik drängt.

Angst um die Arbeitnehmer

Folgt den bürgerlichen Fraktionen jedoch der momentanen Linie ihrer Führungskräfte, bliebe dem Bundesrat nur noch die linke Parlamentsminderheit als Unterstützung. Die SP befürwortet den Vorrang des Freizügigkeitsabkommens, wie Mediensprecher Michael Sorg bestätigt. Die Sorgen der Linken und insbesondere der Gewerkschaften gelten eher der konkreten Ausgestaltung des vom Bundesrat vorgeschlagenen Kontingentsregimes. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund fürchtet für die Betroffenen schlechtere Arbeitsbedingungen, wie er in seiner Stellungnahme schreibt. Er zielt damit in die umgekehrte Richtung wie die Bürgerlichen: Die EU-Schonklausel wird befürwortet, die Vorlage als Ganzes aber «klar abgelehnt».